



# Militärbader Tagblatt

Enzthalbote Wildbader Zeitung  
Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad  
und das obere Enzthal

Erzheimt täglich, ausgen. Samst. u. Feiertage. Bezugspreis monatlich 1.40 RM. frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im inländischen Bezugspreis monatlich 1.70 RM. — Einzelnummern 10 Pf. — Druckerei: Oberamtsgasse 11, Wildbad. — Druckereibesitzer: H. Schöberl & Co., Wildbad. — Druckereibeschäftigte: H. Schöberl & Co., Wildbad. — Postfachnummer 231 74.

Anzeigenpreis: Die eine Zeile für vier Tage oder deren Raum im Bezugspreis 15 Pf., außerdem 20 Pf. — Kleinanzeigen 50 Pf. — Nachdruck nach Art. 17 des Reichsdruckgesetzes ist ohne schriftliche Genehmigung des Verlegers nicht zulässig. — In Kontraktfällen oder wenn gedruckt 9 Uhr vormittags. — In Kontraktfällen oder wenn gedruckt 9 Uhr vormittags. — In Kontraktfällen oder wenn gedruckt 9 Uhr vormittags.

Verlag und Schriftleitung: Theodor Graf, Wildbad, Wilhelmstraße 66. Telefon 179. — Wohnung: Dammstraße 68.

## Abjaffung der Kriegsflootten?

Aus Anlaß der Londoner Flottenkonferenz, die anscheinend in ihren Arbeiten nicht vom Fleck kommen will, vertritt der bekannte saarländische Großindustrielle Kommerzienrat Hermann Röschling in einem Aufsatz in der „Köln. Ztg.“ die Ansicht, daß die Konferenz die beste Möglichkeit ja sogar Wahrscheinlichkeit bietet, die Kriegsflootten nicht zu vermindern, sondern sie ganz abzuschaffen, soweit sie nicht als Seepolizei unentbehrlich seien. Röschling, der bekanntlich vor einigen Jahren vom französischen Kriegsgericht wegen angeblicher „Sabotage“ zu einer — allerdings noch nicht ausgeführten — Geldstrafe von mehreren Millionen Mark verurteilt worden ist, führt u. a. aus:

Es hat sich in Europa herumgesprochen, daß allen wirklichen Frontkämpfern der Krieg fürchterlich ist und daß er auch für die Kriegsgewinner in keinen wirtschaftlichen Folgen jahrzehntelanges Siechtum bedeutet. So lange diese lebendige Erkenntnis von der Kriegsgeneration wahrgenommen wird, dürfte keine Gefahr für den Wiederausbruch eines solchen Völkerringens bestehen. Daraus erklärt sich die rasche Ausbreitung des Gedankens der Schiedsgerichte. Die Menschheit wird auf die Dauer die Nützlichkeit und Notwendigkeit großer Heere immer mehr anzweifeln und diese werden immer mehr überflüssiger werden.

Nach dieser Einleitung, hinter die man wohl unter Hinweis auf die Niederdrückung Deutschlands und die fortwährend sich steigenden Landmachtrüstungen Frankreichs, Italiens, Polens, des Kleinen Verbands und Rußlands einige Fragezeichen zu setzen berechtigt ist, fährt Röschling fort:

Im Verfolg dieser Ideenentwicklung ist die gegenwärtige Flottenkonferenz in London zusammenberufen worden. Wohlgemerkt, es handelt sich vorderhand um eine gemeinsame Herabsetzung der Flottenstärke, nicht um eine vollständige Abjaffung der Flotten. Ueberlegt man sich aber die Sachlage in Ruhe, so wird ersichtlich, daß die gänzliche Abjaffung der Flotten nicht schwerer ist als ihre Verminderung.

Die Engländer verlangen die Beseitigung der Tauchboote. Ihr Standpunkt ist durchaus verständlich; denn wenn Frankreich eine große Tauchbootflotte besitzt, kann es von seinen Kanalfestungen und von Cherbourg aus ohne weiteres England von der Lebensmittelzufuhr vollständig abschneiden. Frankreich ist sich über diese Tatsache genau so klar wie England. Frankreich kann also auf die Tauchboote nur verzichten, wenn auch England und die übrigen Mächte auf die andern Schiffsklassen verzichten. Aber auch in Italien weiß man, daß von der Tauchbootwaffe der italienischen Verproviantierung sehr große Gefahren drohen. Mussolini hat daher in der Erkenntnis, daß Frankreich niemals auf eine vereinzelte Forderung nach Abjaffung der Tauchboote eingehen kann, weil damit die Uebermacht der englischen Großkampfschiffe und Kreuzer verewigt würde, die Abjaffung der Flotten überhaupt vorge schlagen. Damit hat er den Gedanken ausgesprochen, von dem die Engländer ausgehen müssen, wenn sie die Sicherheit des englischen Volks erreichen wollen. Die Beseitigung der Tauchbootwaffe als einzelne Maßnahme oder auch im Rahmen einer sogenannten Flottenverminderung ist aber auch bei Japan nicht zu erreichen. Wohl aber hat das Streben nach vollständiger Beseitigung der Kriegsflootten durchaus Aussichten auf Verwirklichung.

Für England ist die volle Abjaffung eine Lebensfrage. Man werde nicht ein, daß der Schutz der Kolonien eine starke Flotte erfordere. Wenn niemand auf der Welt mehr Kriegsschiffe besitzt, als zur Bekämpfung der Seeräuber, d. h. zur Ausübung der Seepolizei, erforderlich sind, so braucht England zum Schutz seiner Kolonien auch keine Schiffe. Für Frankreich gilt dasselbe. Es bleibt also nur zu untersuchen, ob Frankreich gewillt ist, auf sein Druckmittel der Tauchboote gegenüber England zu verzichten. Röschling glaubt nicht, daß irgendwo im französischen Volk zurzeit eine Neigung zu kriegerischen Abenteuern vorhanden sei, denn der Krieg habe den Franzosen zum mindesten ebenso fürchterliche Wunden geschlagen wie allen übrigen Völkern. Die Kosten der Aufrechterhaltung des Heers, der Flotte und die gewaltigen Steuerlasten, die mit der noch zunehmenden Verarmung noch drückender werden, bringen allmählich auch denjenigen Teil des französischen Volks zu Verstand, der heute noch nicht geheilt ist. Man wird daher vor der Wahl stehen, ob man zunächst das Heer abbauen und zugleich die geplanten Grenzbesetzungen unausgeführt lassen soll, oder ob man die Kriegsflotte abrüsten will — vielleicht beides gleichzeitig. Röschling überieht hier völlig, daß die Abwägung der französischen und der anderen Rüstungskosten ja eben der tiefere Sinn des Young- bzw. Neuen Plans ist, denn die eigentlichen Kriegskosten sind von Deutschland längst abgetragen. D. Schr. Die Wahrscheinlichkeit, daß die Franzosen für den Abbau der Flotte zu haben sein werden, ist verhältnismäßig groß, um so mehr, als die Generale, um das Heer zu erhalten, dem französischen Philister einreden werden, daß die französischen Flugzeuge den Engländern genau so gefährlich werden können, wie die französischen Tauchboote. Jrgendwann wird der Zeitpunkt kommen, wo

## Tagespiegel

Die Besprechungen der Finanzminister der Länder in Berlin über die Finanzreform beginnt am Samstag. Am Freitag fanden bereits Vorbesprechungen statt. — Die Meldung, daß die Besprechung verschoben werden müsse, ist also nicht zutreffend.

Der Volkswirtschaftliche Ausschuss des Reichstages hat bei der Beratung des Gaststättengesetzes die Vollzeitsunde reichsgesetzlich allgemein auf 1 Uhr festgelegt. Die Behörden können jedoch Ausnahmen (Verlängerungen) in gewissem Umfang zulassen.

Der Ausschuss für die Errichtung der Leibulbank hat das Savoy-Hotel Univers in Basel zur vorläufigen Unterbringung der Bank gemietet. Das Hotel, das 80 Zimmer und einige Säle enthält, wird am 1. März geschlossen und im Lauf des Monats März für den Bankbetrieb umgestaltet.

In der französischen Kammer erklärte der Berichterstatter für den Haushaltsplan, Chappet-Aoine, die finanzielle Lage Frankreichs sei ausgezeichnet. Die innere Schuld habe sich um 22 Milliarden verringert, die schwebende Schuld betrage nur noch 33 Milliarden statt 55 Milliarden. Der Haushalt von 50 Milliarden setze 22 Milliarden für die Schulden und 11 Milliarden für die Militäraufgaben vor. Die Steuererleichterungen erreichen zurzeit 3700 Millionen Franken.

man von den Franzosen im Rahmen einer großen Verständigung die Beseitigung der gesamten Flotte wird erreichen können. Noch leichter wird dies bei den Italienern zu erreichen sein, die ja selber den Gedanken auf die Tagesordnung gebracht haben, zumal auch bei ihnen allmählich die Erkenntnis aufdämmert, daß das ungeheure Gewicht der Kriegsrüstungen den armen Steuerzahler zu erdrücken droht.

Es kommt daher vor allen Dingen darauf an, was die Amerikaner zu dem Problem sagen. Bei ihnen trifft nichts zu von unsern Schwierigkeiten, von den ungeheuren Menschenverlusten, der Zerstörung des Landes und den geldlichen Kriegsfolgen. Was diese anbelangt, so haben die Amerikaner praktisch nur das Geld ihren Verbündeten geliehen, das sie ihnen vorher für Kriegslieferungen abgeholt haben. Wohl nirgendwo in der Welt hat der Imperialismus des Kriegs größere geistige Verheerungen angerichtet als in Amerika, weil ihm der Krieg zwar gewisse Erfolge gebracht hat, nicht aber seine sonstigen fürchterlichen Verheerungen hat sichtbar werden lassen. Aber wenn man die amerikanische Politik verfolgt, so scheint doch trotz allem die friedensfördernde Grundrichtung stark genug zu sein, um bei einem Mißerfolg der jetzigen Flottenkonferenz zu einem Zusammengehen von Amerika und England zur Erreichung des englischen Ziels nach Beseitigung der Flotten zu führen.

Es dürfte keine leichtsinnige Voraussage sein, wenn man heute schon sagt, daß die gegenwärtige Flottenkonferenz vermutlich das Ergebnis haben wird, daß Abmachungen zur Verminderung der Flotten ziemlich aussichtslos sind, daß aber eine völlige Beseitigung der Flotten leichter sein wird als ihre Verminderung. Es ist schwer vorzusagen, innerhalb welcher Zeit dieser Gedanke verwirklicht werden wird. Daß er aber in Europa rascher Fortschritte machen wird als außerhalb, und daß er infolgedessen hier zuerst zum Durchbruch kommen muß, erscheint zweifellos. Hoffentlich erleben spätestens unsere Kinder seine Verwirklichung.

## Am die Verfassungsmäßigkeit des preussischen Landeswahlgesetzes

Leipzig, 14. Febr. Vor dem Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich begann heute die Verfassungsfrage des Völkisch-Nationalen Blocks und der Volksrechtspartei gegen das Land Preußen auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit von Bestimmungen der Paragraphen 31 und 32 des preussischen Landeswahlgesetzes. Für den Völkisch-Nationalen Block sind der frühere preussische Landtagsabgeordnete Dr. Körner und das ehemalige Reichstagsmitglied Fahrenhorst, für die Volksrechtspartei der Vorsitzende, Oberstudienrat Dr. Bauer-Rogold, Senatspräsident am Reichsgericht a. D. Dr. Lobe-Leipzig und Rechtsanwalt Dr. Holstein-Berlin erschienen, während das Land Preußen durch Ministerialdirektor Dr. Badt, Ministerialrat Dr. Schüge und Regierungsrat Dr. Globke vertreten werden. Für das Reichsministerium des Innern ist Ministerialrat Dr. Kallenberg anwesend.

Die angegriffenen Bestimmungen des preussischen Landeswahlgesetzes besagen, daß die Bestimmungen unberücksichtigt bleiben, wenn nicht wenigstens auf einen der verbundenen Kreiswahlvorschläge 20 000 Stimmen entfallen sind, und daß einem Landeswahlvorschlag höchstens die gleiche Zahl der Abgeordnetenstimme zugeteilt wird, wie auf die ihm angeschlossenen Kreiswahlvorschläge entfallen. Die Klageparteien vertreten die Auffassung, daß diese Bestimmungen unvereinbar mit den als gemeinsamen

Wahlrechtsgrundsätzen sind, wie sie in der Reichsverfassung und in der preussischen Verfassung aufgestellt sind. Beide Klageparteien berufen sich auf das Urteil des Staatsgerichtshofs für das Deutsche Reich vom 22. März 1929 mit dem ähnliche Bestimmungen des württembergischen Landeswahlgesetzes für verfassungswidrig erklärt worden sind. Das Land Preußen beantragt Abweisung sämtlicher Anträge. Es beruft sich darauf, daß das Reichswahlgesetz dieselben Bestimmungen enthalte, wie das preussische Landeswahlgesetz.

Bekanntlich hat auch der bayerische Staatsgerichtshof ähnliche Bestimmungen des bayerischen Wahlgesetzes am 12. Februar für verfassungswidrig erklärt.

## Frankreichs Riesenprogramm

Vorstoß gegen den deutschen Kreuzer. — Das alte Käsepiel Berlin 14. Febr. Die neue französische Denkschrift zur Flottenfrage bringt inhaltlich keine Ueberraschungen. Trotzdem bedeutet das Dokument, das endlich die Erörterung über die Zahlen eröffnet, vielleicht eine Krise der Londoner Konferenz. Der Plan, die Flottenstärke von 682 000 Tonnen in den nächsten 5 Jahren auf 724 000 zu erhöhen, bedeutet, daß Frankreich in dieser Zeit 42 000 Tonnen neuen Schiffsraum und außerdem rund 200 000 Tonnen Ersatzbauten für überalterte Kriegsschiffe, im ganzen also etwa 250 000 Tonnen neue Schiffe auf Kiel legen will. Unter dieser Voraussetzung ist Frankreich bereit, mit den anderen Mächten ein genau festgelegtes Bauprogramm, das auch eine Baupause für Schlachtschiffe vorsehen würde, bis zum Jahr 1936 zu vereinbaren. Die Baupause für Ersatzschiffe ist freilich an den Vorbehalt geknüpft, daß keine Schiffe des kürzlich aufgetauchten neuen Schlachtschiffs gebaut werden. Mit diesem deutlichen Hinweis auf das deutsche Panzerschiff hat Tardieu seinen zu Beginn der Konferenz angekündigten Vorstoß verwirklicht. Als ob es auch wieder das Echo in Gestalt des Gerichts an der bevorstehenden Einladung Deutschlands zur Flottenkonferenz aufgetreten, so daß Mac Donald bereits in der gestrigen Unterhausitzung zu einem Dementi gezwungen war.

Interessant ist in der französischen Denkschrift auch der Ausfall gegen Italien, der darin liegt, daß ein Krieg Frankreichs mit England und den Vereinigten Staaten als undenkbar bezeichnet und von Italien, dem nächsten Nachbarn und Rivale Frankreichs, nicht gesprochen wird. Frankreich hält auch an seiner Behauptung vom „Zusammenhang der gesamten Abrüstungsfrage“ fest, und diese sei wiederum abhängig von der Sicherheitsfrage.

## Notopfer für die Arbeitslosenversicherung?

Berlin, 14. Febr. Die große offene Frage bei den Fraktionsbesprechungen über die Finanzreform bildet immer noch die Arbeitslosenversicherung. Der sozialdemokratische Vorschlag, den Beitrag auf 4 v. H. zu erhöhen, hat keine Aussicht auf Annahme, wahrscheinlicher ist eine Einigung für die Verpfändung von 250 Millionen Reichsbahnvorratsaktien. Von sozialdemokratischer Seite ist ferner angeregt worden, zugunsten der Arbeitslosenversicherung einen 10- bis 15prozentigen Zuschlag zur Einkommensteuer zunächst für ein oder zwei Jahre zu erheben, was etwa 180 Millionen jährlich erbringen würde. Reichsinnenminister Severing (Soz.) schlug ein „Notopfer“ vor, das einen gleichen Ertrag hätte. Dieses Notopfer besteht darin, daß allen Festbesoldeten, soweit sie nicht angestelltenversicherungspflichtig sind, also über 700 Mark Monatsgehalt beziehen, ein Prozent des Einkommens abgezogen werden solle. An „Ersparnissen“, für die der Reichsrat Richtlinien aufgestellt hat, wären etwa 100 Mill. einzubringen.

Reichsfinanzminister Moldenhauer hat übrigens einen neuen Vorschlag gemacht: Von 1932 ab soll die Arbeitslosenversicherung keinerlei Zuschüsse vom Reich mehr erhalten. Es soll vielmehr schon jetzt die Arbeitslosenversicherung insoweit selbständig gemacht werden, als Arbeitgeber und Arbeitnehmer gleichmäßig in der Verwaltung der Arbeitslosenversicherungsanstalt die Höhe der Beiträge selbst bestimmen sollen. Sie könnten danach nur noch für die beiden nächsten Jahre mit den begrenzten Zuschüssen rechnen, müßten daher aber die von ihnen für notwendig gehaltenen Leistungen auch aus eigenen Beiträgen decken. Man hofft auf diese Weise, einmal die Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die ja zu gleichen Teilen die Beiträge zu bezahlen haben, aus ihren eigenen Interessen heraus dazu zu zwingen, auch die notwendigen Reformen vorzunehmen, und endlich die fortwährende Unsicherheit infolge der Zuschüsse aus der Haushaltsgebardung des Reichs auszuschalten.

## PERNIONIN

In Salben- und Tablettenform, bewährt bei Frostschädigungen, Frostballen etc. Zu haben in den Apotheken.

## Neueste Nachrichten

### Curtius über die Belastung durch den Neuen Plan

Berlin, 14. Febr. Der vereinigte Haushalts- und auswärtige Ausschuss des Reichstages nahm heute die Beratung der Youngplan-Gesetze auf. Reichsaußenminister Dr. Curtius bestritt, daß Deutschland die Verbandschulden an die Vereinigten Staaten übernommen habe. Deutschland habe sich lediglich zur Zahlung von „Annuitäten“ verpflichtet; es sei nicht seine Sache, wie die Gläubiger diese Beträge verwenden. Eine besondere Vereinbarung sei allerdings getroffen für den Fall eines von den Vereinigten Staaten den Gläubigern Deutschlands gewährten Nachlasses. Diese Vereinbarung liege doch aber im deutschen Interesse. Die Belastung aus den Annuitäten (Zahresleistungen) sei von den Sachverständigen für die ersten 37 Jahre auf den Durchschnitt von 1988 Millionen RM jährlich berechnet worden. Der Gegenwert betrage rund 34,5 Milliarden Mark gegen 49 Milliarden (und nicht 132 Milliarden, wie Dr. Curtius im Reichstag sagte) beim Dawesplan. Die Durchschnittsjahresleistungen beim Youngplan betragen rund 2020 Millionen gegen 2736 Millionen beim Dawesplan. Nach dem Dawesplan hätten wir in den nächsten zehn Jahren über 7 Milliarden mehr zu zahlen. Die ungeklärte Annuität betrage im ersten Jahr rund 700 Millionen Mark, im Durchschnitt betrage sie 654 Millionen Mark. Der deutsche Anspruch auf die in den ersten 5 Monaten des laufenden Jahresjahrs zu viel gezahlten 379 Millionen Dawesraten habe sich nicht durchsetzen lassen. Darin, daß als Zahlungsfrist der Monatsmittelpunkt und nicht das Monatsende festgelegt worden sei, liege eine finanzielle Mehrbelastung nur in dem Fall, wenn das Reichsfinanzministerium sich die nötigen Kassenmittel borgen müsse.

### 317 Millionen Fehlbetrag in der Arbeitslosenversicherung

Berlin, 14. Febr. Der Dezember-Abschluß der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung zeigt Gesamteinnahmen von 72,53 Millionen Mark, denen Ausgaben für die Arbeitslosenversicherung von 110,11 Millionen Mark, Kosten der Landesarbeitsämter um von 9,86 Millionen Mark und der Krisenunterstützung mit 14,86 Millionen Mark gegenüberstehen, so daß sich der Gesamtaufwand auf 123,6 Millionen Mark beläuft. Als Gesamtfehlbetrag werden 31,8 Millionen Mark ausgewiesen. Als Durchschnittszahl der Hauptunterstützungsempfänger gibt die Reichsanstalt in der Arbeitslosenversicherung 1 489 462 und in der Krisenunterstützung 197 111 an.

### Die kommende Generalsynode in Preußen

Berlin, 14. Febr. Die neu gewählte Generalsynode, die als die oberste Vertretung der altpreussischen Kirche am 22. Februar in Berlin zusammentritt, zählt 230 Mitglieder. Davon sind 157 von den Provinzialsynoden gewählt, die Generalsynoden sind kraft ihres Amtes Mitglieder der Provinzialsynoden und die Vorsitzenden der Provinzialsynoden. Dazu kommen die Vertreter der sieben theologischen Fakultäten im Gebiet der älteren Provinzen, die Abgeordneten der freien Arbeitsverbände, der Religionslehrerschaft aller Stufen und der Kirchenbeamten, endlich fünf vom Kirchenrat berufene Mitglieder. Die Zahl der Frauen, die dem obersten Kirchenparlament angehören, beträgt 10.

### 10 000 Hektar deutschen Grundbesitzes werden enteignet

Berlin, 14. Febr. Nach der polnischen Parzellierungsliste für das Jahr 1930, die jetzt veröffentlicht worden ist, sollen insgesamt auf Grund der sogenannten „Agrarreform“ in Polen und Pommerellen zusammen 13 820 Hektar enteignet werden, wovon auf deutschen Besitz 9980 Hektar entfallen. In Pommerellen werden 4780 Hektar deutschen Bodens enteignet, in Polen 5200 Hektar. Unter den 88 namentlich angeführten Enteignungsgegenständen handelt es sich in 28 Fällen um deutschen Großgrundbesitz.

### Haftpflicht der Reichsbeamten bei Staatsüberschreitungen

Berlin, 14. Febr. Nach einer Meldung des Soz. Pressebüros ist der Bericht des Haushaltsausschusses dem Reichstag zugegangen, der sich mit der Prüfung der Einzelabschlüsse des Haushalts für 1928 beschäftigt. Der Bericht verlangt vom Reichstag, daß für eine ganze Reihe von Haushaltsüberschreitungen und außerplanmäßigen Ausgaben, die von den verschiedenen Verwaltungen während des Etatsjahrs 1928 getätigt worden sind, die gesetzlich erforderliche Genehmigung versagt wird. Die Folge der Nichtgenehmigung einer solchen Haushaltsüberschreitung wäre, daß der für die Überschreitung verantwortliche Beamte gezwungen werden kann, aus eigenen Mitteln für den Verlust aufzukommen, den das Reich durch die Mehrausgabe erleidet.

### Die deutschen Landeskirchen gegen die russische Christenverfolgung

Berlin, 14. Februar. Die verschiedenen Landes- und Freikirchlichen Deutschlands rufen zur Fürbitte für die russischen Mitchristen auf.

Die schwedische Synodalversammlung ruft das Weltgewissen und alle Träger der Weltkultur an.

In einer Denkschrift der holländischen Ersten Kammer wird die holländische Regierung aufgefordert, im Hinblick auf die planmäßige Unterdrückung des Christentums und des christlichen Gottesdienstes in Sowjetrußland zu erwägen, ob nicht in Zusammenarbeit mit den anderen europäischen Mächten bzw. durch Berufung an den Völkerbund Schritte dagegen unternommen werden können.

Eine maßgebende Persönlichkeit in Moskau äußerte sich zu einem Vertreter der „United Press“ über den Brief des Papstes an den Kardinal Pompili, wenn der Papst durch Gebete den Himmel gegen Sowjetrußland mobil mache, so sei das gleichgültig. Weit mehr kümmere Rußland sich um die irdischen Hintertreppen in London, wo man gegen Sowjetrußland Anschläge anzettelt.

### Bayerische Volkspartei doch für Biersteuererhöhung?

Berlin, 14. Febr. Die W.Z. meldet: Es scheint, als ob zwischen dem Zentrum und der Bayerischen Volkspartei bereits vereinbart sei, daß die Bayerische Volkspartei doch für die erhöhte Biersteuer stimmen wird, wenn sie um diesen Preis durch Meßbräuerweisung aus dem Auskommen an Umsatzsteuer einen Ausgleich für die bayerischen Landesfinanzen bekomme.

### Wink an Böh mit dem Jaunpfaß

Berlin, 14. Febr. Die Berliner Stadtverordnetenver-

sammlung hat mit 108 Stimmen einen deutschnationalen Antrag angenommen: „Der Magistrat wird ersucht, beim Staatsministerium dafür zu sorgen, daß das Disziplinarverfahren gegen den Oberbürgermeister rückwärtslos und schnell mit dem Ziel der Amtsentlassung ohne Ruhegehalt durchgeführt wird.“

Böhm hat sich schon früher zum Rücktritt bereit erklärt, er verlangt aber eine Pension von 28000 Mark.

### Beginn der Räumung im März

Ludwigshafen a. Rh., 14. Febr. Hier verlautet, der Abzug der Franzosen aus der Pfalz werde Anfang März beginnen und Ende des Monats bzw. Mitte April größtenteils durchgeführt sein. Im Lauf des Monats Mai werde die ganze dritte Zone geräumt und nur einige Uebergabekommandos werden auch im Juni noch auf deutschem Gebiet bleiben. Zurzeit befinden sich noch 30 000 Mann in der dritten Zone.

### Die Völkischen in Schwerin

Schwerin, 14. Febr. Die beiden völkischen Abgeordneten Mertens und Schade sind aus der bürgerlichen Einheitsfraktion des Landtags (Deutschnationale, Wirtschaftspartei, Deutsche Volkspartei), die nur eine Stimme Mehrheit hat, ausgetreten, weil der Vertreter der Rechtsregierung von Mecklenburg-Schwerin im Reichsrat bei der Abstimmung über den Neuen Plan sich der Stimme enthalten habe, statt dagegen zu stimmen. Außerdem sei festgestellt worden, daß sich in der Einheitsfraktion der Bürgerlichen zwei Freimaurer befinden.

### Eine Rechtfertigung des Kaisers

Newyork, 14. Februar. Am 7. März will der jetzt 75-jährige amerikanische Schriftsteller, der Verfasser zahlreicher geschichtlicher Werke, Poulton Bigelow nach Holland reisen, um den früheren Kaiser zu besuchen und um die während des Kriegs unterbrochene und sich jetzt über 60 Jahre erstreckende Freundschaft wiederherzustellen. Bigelow will Abbitte tun wegen seiner übereilig gebildeten Urteile über Deutschlands Kriegsschuld. Er erklärt, daß er nach jahrelanger Prüfung der geschichtlichen Urkunden und aller verfügbaren Aktenveröffentlichungen zu der Erkenntnis gekommen sei, daß eigentlich niemand wisse, wer den Krieg begonnen habe. Kaiser Wilhelm habe jedenfalls sein Bestes getan, um den Frieden zu erhalten.

### Augsburg 1930

ep. Im Mittelpunkt der kirchlichen Ereignisse 1930 wird die vierhundertjährige Feier der Augsburger Konfession stehen. Die Vorbereitungen, in denen Stadt und evangelische Gemeinde Augsburg miteinander weitestgehend, sind in vollem Gange. Dabei geht es nicht allein um organisatorische Dinge, sondern vor allem auch um die geistige Vorbereitung. Denn die Ueberzeugung ist Allgemeingut, daß eine Jubiläumsfeier in gegenwärtiger Zeit Sinn und Recht verliert ohne eine wirkliche Vertiefung in das historische Geschehen, dem das Gedenken gilt, und Fruchtbarmachung der darin wirklichen Ideen für die Aufgaben der Gegenwart. In der Jubiläumstadt findet zu dieser inneren Vorbereitung in diesem Winter eine Vortragsreihe statt, die sich eines sehr starken Besuches erfreut.

Die Feier am 24. und 25. Juni ist als offizielle Feier der deutschen Landeskirchen vom Deutschen Evangelischen Kirchenausschuß veranstaltet: die sämtlichen Mitglieder des Kirchenausschusses, des Kirchentages und des Kirchenbundes werden daran teilnehmen. Außerdem ist — da das augsbургische Bekenntnis einen gemeinsamen Besitz des Luthertums der ganzen Erde und letzten Endes der protestantischen Welt darstellt — mit einer umfassenden Beteiligung des christlichen Auslandes zu rechnen. Auf Beschluß des Deutschen Evangelischen Kirchenausschusses werden die evangelischen Kirchen der ganzen Welt eingeladen werden, so daß das Jubiläum zu einer ökumenischen Feier großen Stils zu werden verspricht. Auch die Lutherische Woche der Allgemeinen Evangelisch-Lutherischen Konferenz im September 1930 wird eine Reihe ausländischer Kirchenführer in Augsburg versammeln. Aber nicht allein die Führerschaft, sondern auch das evangelische Volk wird mitfeiern. Unter den Veranstaltungen wird ein „Evangelischer Volkstag“ am Sonntag, den 22. Juni, der große Massen aus ganz Bayern und den Nachbarländern in der Jubiläumstadt zusammenführen wird, eine besondere Rolle spielen. Im Mittelpunkt dieses Volkstags steht ein religiöses Festspiel, ein historischer Festzug und eine große Kundgebung im Freien.

### Württemberg

#### Die württ. Regierung und der Neue Plan

Stuttgart, 14. Februar.

Das Staatsministerium hat die kleine Anfrage des Abgeordneten Mergenthaler über die Stellungnahme der württ. Regierung zum Haager Abkommen wie folgt beantwortet:

Die Regierung wäre bereit gewesen, bevor sie im Reichsrat zu den Haager Vereinbarungen ihre Stimme abgab, mit dem Landtag in eine Erörterung hierüber einzutreten. Ein entsprechendes Anerbieten hat der Staatspräsident in der Aulastenaussschussung des Landtags vom 14. Januar 1930 gemacht. Er hat hinzugefügt, wenn feststehe, daß die württ. Regierung im Reichsrat dem Haager Abkommen zustimme, so legen die Parteien möglicherweise keinen Wert mehr auf eine Beprechung der Frage im Landtag; es müsse deshalb den Parteien überlassen bleiben, einen Antrag auf Beprechung zu stellen. Ein solcher Antrag ist von keiner Seite gestellt worden. Die Regierung ist bereit, in einer Vollsitzung des Landtags auch jetzt noch in eine Beprechung über das Haager Abkommen einzutreten, wenn dies vom Landtag gewünscht wird.

Die Beratungen in den Sitzungen des Staatsministeriums sind vertraulich. Es ist weder im Reich noch in den Ländern üblich, über innere Vorgänge bei den Kabinettsberatungen der Volkswertretung Auskunft zu geben. Das Staatsministerium übernimmt dem Landtag gegenüber die Verantwortung für die Abstimmung Württembergs im Reichsrat; das Staatsministerium muß es aber aus grundsätzlichen Erwägungen ablehnen, über die Stellungnahme der einzelnen Mitglieder des Staatsministeriums und über das Stimmenverhältnis bei der Beschlußfassung Auskunft zu geben.

Stuttgart, 14. Febr. Anleihe der Stadt Stuttgart. Der Gemeinderat hat die von der Stadt Stuttgart mit der Stadt Girokassa und der Württ. Girozentrale abgeschlossene Anleihe in Höhe von 9 Millionen RM. zu dem regulierbaren Zinsfuß von 9 v. H. genehmigt.

### Aus dem Lande

Murrhardt, 14. Febr. Ein merkwürdiges Schulgebäude. Zur Beratung des Gemeinderats über die Neugestaltung der Real-Lateinschule war Oberregierungsrat Kolb von der Ministerialabteilung für die höheren Schulen anwesend, der erklärte, daß die Murrhardter Real-Lateinschule ein merkwürdiges Gebilde sei, wie ein solches im ganzen Lande nicht mehr bestehe. Die lateinische Sprache sei nur bis zur dritten Klasse Pflichtfach, während für die 4. und 5. Klasse hierfür kein Zwang mehr bestehe. Die ganze jetzige Einrichtung stimme mit den heutigen Lehrplänen nicht mehr überein. Der heutige Lehrplan rechtfertige eine solche nicht mehr und es sei auch die Ministerialabteilung nicht mehr in der Lage, dieses System zu unterstützen. Die Entscheidung sei also zwischen Lateinschule oder Realschule, aufgebaut auf den heutigen Lehrplänen, zu treffen. Abends fand dann eine Elternversammlung statt, in der Stadtschulrat Blum die Ausführungen von Oberregierungsrat Kolb bekannt gab. Bei der Abstimmung entschied sich die Mehrheit für eine reine Realschule. Die Weiterbehandlung der Frage steht auf der Tagesordnung der nächsten Gemeinderatssitzung.

Buffenhäuser O. Münstingen, 14. Febr. Großfeuer. Heute früh gegen 6.30 Uhr brach in dem städtischen Anwesen des Mühlebesizers Karl Lutz Feuer aus, das mit ungeheurer Geschwindigkeit um sich griff, so daß in der Zeit von einhalb Stunden das ganze Gebäude ein Raub der Flammen wurde. Die Familie Lutz sowie die Dienstboten konnten nur das nackte Leben retten. Die Münstinger Motorspritze wurde telephonisch verlangt, konnte aber keine Hilfe leisten, da der Motor nicht in Ordnung war. Der Sachschaden ist sehr groß. Die Brandursache ist bis jetzt noch nicht bekannt.

Hirschau O. Rottenburg, 14. Febr. Kindsmord. Am Mittwoch abend wurde die Leiche eines Neugeborenen am westlichen Ortsausgang unter einer Dohle aufgefunden. Der Körper war zur Hälfte von Kägen zerfressen. Das Kind ist von seiner unbekanntem Mutter ausgekehrt worden.

Rottweil, 14. Febr. Schandenseuer. In dem Dekonomiegebäude der Heil- und Pflegeanstalt Rottweil brach Feuer aus. Vieles griff so rasch um sich, daß die umfangreichen Gebäulichkeiten mit großen Vorräten an Stroh und Futter innerhalb einer Stunde vollständig niederbrannten. Das Vieh, etwa 60 Stück Rindvieh, sowie der Schweinebestand mit 160 Stück, konnte mit großer Mühe gerettet werden. Die Heilanstalt selbst, die etwa hundert Meter entfernt liegt, war nicht in Gefahr.

Ulm, 14. Febr. Ein Ulmer Original gestorben. Herr Karl Eifelen, Besitzer der bekannten Brauerei zu den Drei Kernen, ist gestern morgen infolge eines Schlaganfalls im Alter von erst 49 Jahren gestorben. Eifelen ist durch seinen alkoholischen Betrieb, der hier und auswärts das „Ulmer Hofbräuhaus“ genannt wird, weit über die Grenzen seiner Heimatstadt hinaus bekannt. Sein guter Humor war ihm Begleiter durchs ganze Leben. Etwas absonderlich sind allerdings die Bestimmungen, die er für seine Beerdigung schriftlich niedergelegt hat. Eifelen will von seinen beiden prächtigen Hengsttrappen auf einem mit Reif gezeigten Bierwagen seine letzte Reise antreten. Dabei sollen die von ihm bezeichneten Straßen befahren werden. Nach der Beerdigung soll das Lied „Frühmorgens, wenn die Hähne krähen“ von der Musik gespielt werden. Wie man hört, soll mit einigen Abänderungen dem Wunsch des Toten entsprochen werden. Die Beerdigung findet am Samstag vormittag statt.

Aulendorf, 13. Febr. Stellungnahme der Geistlichen zur Schulsfrage. Im Böwenaal versammelten sich etwa 100 katholische Geistliche des Oberlandes, um zu Schulfragen Stellung zu nehmen. Landtagsabg. Domkapitular Dr. Kai-M-Rottenburg sprach über den Entwurf des neuen Landeschulgesetzes. Er betonte, daß Schulpolitik im Rahmen der Weimarer Verfassung betrieben werden müsse. Die Verfassung sei ein Werk des Kompromisses, sie solle aber im Sinn einer recht verstandenen christlichen Freiheit ausgelegt werden. Die Verstaatlichung des Schulwesens lasse sich nur ertragen, wenn die begründeten Interessen der Erziehungsberechtigten nicht verletzt werden. Die Katholiken verlangten Elternfreiheit und Gewissensfreiheit, katholischen Kindern katholische Schulen in Uebereinstimmung mit den Forderungen des deutschen Episkopats.

Oberhofen O. Waiblingen, 14. Febr. Todesfall. Der über den Haiftergan hinaus wohlbekannte Alt-Böwenwirt und Tierheilkundige Adolf Hinder ist gestern im 82. Lebensjahr gestorben. Er war Veteran von 1870/71, bei allen hochgeachtet und beliebt.

Von der bayerischen Grenze, 14. Febr. Kleinzehornitz. Auf dem Fußweg zwischen Siebnach und Traunried wurde der 68 J. a. langjährige Nachtwächter und Totengräber Johann Stöckle, der seit Montag früh vermisst wird, erfroren aufgefunden. — Innerhalb 4 Wochen hat es in dem kleinen Ort Wächtering bei Rain viermal gebrannt. Der vierte Brand betraf das Anwesen des Landwirts Johann Steinbühler, bei dem es schon im vorigen Jahr gebrannt hat. Die sämtlichen Gebäulichkeiten mit den Pausenfahrnissen wurden ein Raub der Flammen. Obwohl jede Nacht Brandwachen aufgestellt sind, gelang es dem Brandstifter doch wieder, Unheil anzustiften.

Lindau, 14. Febr. Fasching und Wirtschaftsnote. Der Fasching 1930 steht auch in der Provinz im Zeichen der verschlechterten Wirtschaftslage. Die Enttäuschung, die kürzlich ein heißes Hotel bei einem Vereinsball erlebte, weil für ganze 30 Mark Umkle in der Küche erzielt wurden, steht nicht vereinzelt da.

Neues Großfeuer in Baden. In Unterbaldingen (Amt Donaueschingen) ist, kaum daß die Aufregung über den Niesenbrand im benachbarten Oefingen verebbt war, abends in der Scheuer, im Wohn- und im Dekonomiegebäude des Landwirts Hermann Brodtscholl, einem der größten Anwesener der Gemeinde, Feuer ausgebrochen. Vieh und Schweine und ein Teil der Fahrnisse konnten gerettet werden. Die Dekonomiegebäude wurden vollständig, das Wohngebäude bis auf den ersten Stock zerstört. Die Brandursache ist bisher noch nicht bekannt. Der Schaden beläuft sich auf ca. 45 000 M.

### Amliche Dienstnachrichten

Ernannt: Baumeister Friedrich Feucht beim Straßen- und Wasserbauamt Rottweil zum Bezirksbaumeister im Geschäftskreis der Ministerialabteilung für den Straßen- und Wasserbau.

In den Ruhestand gesetzt: Professor Bihl an dem Reformrealgymnasium und der Oberrealschule in Aalen kraft Befehles mit Ablauf des Monats Mai.

## Lokales.

Wildbad, den 15. Februar 1930.

Am Dienstag den 11. Februar fand im Gasthof zur alten Linde ein Vortrag statt über: „Die Verwendung des Gases im Haushalt“, der erfreulicherweise für die Veranstalter einen vollen Erfolg bedeutete. Schon lange vor Beginn desselben war der Saal besetzt und immer noch strömten neue Zuhörer herein, die Reihen dichter und dichter füllend; ein Vorkommnis, wie es bei derartigen Gelegenheiten in Wildbad selten erlebt wird. Das Thema war aber auch so recht nach dem Herzen der anwesenden Hausfrauen gewählt und die erwartungsvoll heitere Stimmung hob sich mehr und mehr bei all dem vielen Gutmütigen und Schönen, das es zu sehen und zu hören gab. Den Auftakt des vielseitigen Programms bildeten zwei kleine, humoristische Filme. Der erste zeigte die Wirkung eines neuen Waschmittels „Suma“, das wie ein Heinzelmännchen flink und selbsttätig im Handumdrehen blendend weiße Wäsche herbeizauberte. Der zweite die Güte des allbekanntesten und beliebtesten Putzmittels „Bim“ und erregte die lustigen Bilderreihen allgemeine Heiterkeit. In einer mit Humor gewürzten, kurzen Einleitungsansprache erläuterte der Leiter der Veranstaltung, Herr Stadtbau- und Baumeister Winkler, den Zweck und die Bedeutung der Vorführungen und erteilte hierauf Frau Otel, einer Vertreterin der Firma „Junfer & Ruh“, Karlsruhe das Wort. In ihr lernten die Anwesenden nicht nur eine vorzügliche Rednerin, sondern auch eine sehr gewandte Hausfrau kennen, die theoretisch und praktisch eine bewundernswürdigen Sicherheit entfaltete und mit ihren wertvollen Belehrungen und Ratsschlägen den lebhaften Dank aller Erschienenen sich verdiente. An einer Reihe erstklassiger, blitzblanker Gasherde ihrer und anderer Firmen, die von verschiedenen, hiesigen Geschäftsleuten ausgestellt waren, die trotz Güte, Gediegenheit und Schönheit sehr erschwingliche Preise aufwiesen, führte Frau Otel die neuzeitliche Art der Speisezubereitung, ein sparsames Kochen darauf vor und bald duftete es nach allerhand Gutem. Da bräunten sich die im eigenen Fleischsaft gerösteten Braten auf dem Rost, wurden leder gebadene Kuchen und Kleingebäck wohl geraten aus der Backöhre gezogen. Es war ein munteres Hin und Her, dazwischen die notwendigen Erklärungen, ein Nachsehen, Prüfen, alles exakt mit dem Blick auf die Uhr. Nach Fertigstellung der Gerichte wurden kleine Kostproben auf zierlichen Papptellern nach allen Seiten hin verteilt, dort „sachkundig“ gekostet und unter allgemeiner Anerkennung verzehrt. Wohlverdienter, langanhaltender Beifall lohnte die Rednerin und Kochkünstlerin für ihre gemeinverständlichen Ausführungen, denen auch noch Herr Stadtbau- und Baumeister Winkler durch kurze Antworten und Ueberreichung eines Buches seine Anerkennung zollte. — Unser stets gerne gefeierter und freudig begrüßter, wundervoller „Wildbader Werbefilm“ diente dann als Uebergang zu dem zweiten Teil des Programms, einem glänzenden Ufasilm der Firma Junfer-Dessau: „Das Bad im Leben der Völker“. Der erste Akt zeigte herrliche, altgriechische Kulturbilder, eine schon damals sehr hohe Entwicklung der Körperpflege veranschaulichend, bei der das tägliche Bad die erste Rolle spielte. Schon im Altertum, speziell bei den Römern, waren die technischen Einrichtungen der großen Bäder bewundernswürdig vorgeschritten und alle mit großem Luxus ausgestattet. Im zweiten Akt wurden mittelalterliche Sitten- und Badegebräuche behandelt, die ziemlich derb anmuteten. In der galanten Zeit des Rokoko, wo Puder und Schminke regierten, war das Bad Nebensache und wenig beliebt. Der dritte Akt führte dann wieder in ein neues Jahrhundert und eine neue Würdigung des Bades bei der Körperpflege. Von den primitiven Badegelegenheiten eines vergangenen Zeitalters, der stufenartigen Entwicklung vom Holzbad- zum Gasbadeofen, bis zum neuzeitlichen Wärmepender im modern eingerichteten Hause, der alle Räume jederzeit mit warmem Wasser zu versorgen vermag, war es nur ein Schritt, das rasende

Tempo rasch fortschreitender, moderner Technik, die auch auf diesem Gebiete wahrhaft musterhaftes und — man sollte meinen, nicht mehr zu überbietendes leistet. Die vorgezeigten, hygienisch wie technisch gleich hervorragenden Badezimmer-Einrichtungen der Firma Junfer-Dessau weckten volle Bewunderung und wohl auch das Begehren vieler der Anwesenden. Bad, Sport, Körperpflege, dieser Dreifach schaff und erhält die Leistungsfähigkeit und Gesundheit. Sichtliche Befriedigung malte sich am Ende der schönen, lehrreichen Stunden auf allen Gesichtern und allenthalben klangen Worte der Anerkennung und Befriedigung über das Gebotene auf. Nochmals herzlich Dank dem Leiter und seinen Mitarbeitern für den uns Wildbadern freundlich gebotenen Genuß. F.

**Elektrohygiene, Elektroheilbehandlung, eine Förderung unserer Zeit.** In zunehmendem Maße wird heute die Elektrizität zur Pflege des gesunden und erst recht des kranken Körpers herangezogen und nutzbar gemacht. Hier hat die galvanische Elektrizität geradezu verblüffende Erfolge erzielt. Die Firma G. Wohlmuth & Co., A.-G., führt das Erbe des verstorbenen Ingenieurs, Wohlmuth weiter, der vor rund 30 Jahren die Bedeutung der galvanischen Elektrizität für die Erhaltung des Organismus erkannt hat. Wohlmuth bringt einen Apparat in den Handel, der zur Heim- und Selbstbehandlung gleich gut geeignet ist, der keinen Anschluß an die Lichtleitung hat und kein Radioströmer ist. Die Firma Wohlmuth unterhält in jeder großen deutschen Stadt und auch im Ausland eigene Verkaufsstellen. Sie beschäftigt rund 500 Arbeiter und Angestellte und hat als Mitarbeiter zirka 25 Ärzte. Weit über 100 Schwestern sind tätig, eigene wissenschaftliche Abteilungen, die von Ärzten geleitet werden, bestehen neben einem eigenen Verlag. Die betreffenden Institute pflegen in besonderem Maße den Dienst am Kunden, d. h. sie erachten ihre Tätigkeit mit dem Verkauf eines Gerätes nicht als erledigt, sondern wollen einen Heilerfolg verzeichnen und stellen ihr Personal, ihre Ärzte, ihre wissenschaftliche Abteilung, ihre ganze Organisation kostenlos in den Dienst des Kunden. Ueber die Heilkraft des galvanischen Schwachstromes wird ein Vortrag am Dienstag den 18. Februar, abends 8 Uhr, im Saal zur alten Linde bei freiem Eintritt stattfinden. In dem Vortrag wird auf ein Mittel hingewiesen, das nach einwandfreien und wissenschaftlichen Feststellungen wie kaum ein zweites in der Lage ist, die gesunkene Lebensenergie zu heben und zu stärken: die elektrogalvanischen Schwachströme, die nach dem Wohlmuth-Heilverfahren in milder Form dem Körper zugeführt werden, vor allem eine Stärkung des Nervensystems bewirken, den Stoffwechsel und Blutkreislauf fördern und bei einer Anzahl Erkrankungen ein ausgezeichnetes Heilmittel darstellen. Der Vortrag gibt über alles Wissenswerte ausführlich Aufschluß, außerdem findet tags darauf unverbindliche Beratung von 10—7 Uhr im Vortragssaal statt.

**Schauspielhaus Pforzheim.** Sonntag, den 16. Febr. wird nachmittags die Operette „Damals in Jena“ zum letzten Male wiederholt. Abends wird die Posse mit Musik „Einen Jüngling will er sich machen“ gegeben. Die Abendvorstellung findet ausnahmsweise zu ermäßigten Preisen statt. Die Vorstellung beginnt um 8 Uhr und ist um 10 Uhr zu Ende.

**Ev. Gottesdienst.** Sonntag Septuagesima, 16. Februar. 9<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr Predigt, Stadtpfarrer Ratter. 11 Uhr Kindergottesdienst. 1 Uhr Christenlehre (Töchter), Stadtpfarrer Dauber. 8 Uhr „Wunder der Schöpfung“. In Sprollenhäuser: 10 Uhr Predigt, Stadtpfarrer Dauber, anschließend Christenlehre.

**Kath. Gottesdienst.** Sonntag Septuagesima. 7<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr Frühmesse. 9<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr Predigt und Amt. — Wertag: Donnerstag 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr hl. Messe, an den übrigen Tagen keine hl. Messe. — Beichte nur Sonntag in der Frühe durch einen fremden Geistlichen. Kommunion je bei der hl. Messe.

Die Deutsche Reichspost beabsichtigt in nächster Zeit ein Bezirksfernsprechlabel Böblingen-Calgw-Wildbad und Wildbad-Pforzheim zu verlegen und bei diesem Anlaß das O. F.-Netz Calmbach zu veretabellieren. Zu diesem Zweck ist geplant in die von Oberreichendingen herführende Staatsstraße Nr. 102 ab Ortsetzergrenze Calmbach, in Calmbach in die Calwerstraße, Kleingärtnerstraße, Haupt- und Kriegsstraße, ferner in die Höfener-, Schömberger- und Wildbaderstraße je bis Ortsetzergrenze Fernsprechlabel einzulegen. Die Kabel werden in 70 cm tiefen Kabelgräben, mit Backsteinen abgedeckt, verlegt.

**In Wildbad:** ein Kabelgraben von Ortsetzergrenze gegen Calmbach bis zum bestehenden Kabelschacht beim Postamt.

Der Plan ist gemäß § 7 des Telegraphenwegegesetzes vom 18. 12. 1899 bei den Postämtern Calmbach und Wildbad auf die Dauer von 4 Wochen öffentlich ausgelegt.

Lübtigen, den 12. Februar 1930.

Telegraphenbauamt.

**la. Eiderfettkäse 20%**  
9 Pfd. = Mk. 6.30 franko  
**Dampfkäse-Fabrik Rendsburg**

**Schützen-Verein Wildbad**  
Am Samstag den 22. Februar 1930 findet unser

**Familien-Abend**

im Hotel Post statt. — Wir laden hierzu unsere Ehren-, aktiven und passiven Mitglieder freundlichst ein.

Beginn 8 Uhr.

Nichtmitglieder haben keinen Zutritt. Auswärtige Gäste können nur nach vorheriger Anmeldung beim Schützenmeisteramt eingeführt werden.

Das Schützenmeisteramt.

Freiwillige Gaben zur Gabenverlosung lassen wir bei unsern Mitgliedern abholen.

## Handel und Verkehr

### Magazinierung des Roggens

Das Reichskabinett hat für Magazinierung des Roggens 20 Millionen Mark bewilligt. Die Summe soll durch Ersparnisse beim Einfuhrsystem, ferner aus Haushaltsmitteln (4,75 Mill.) und aus anderen Reichsmitteln (7,5 Mill.) beschafft werden. Von der von der Landwirtschaft verlangten Höherbewertung der Einfuhrscheine zum Zweck der Förderung der Roggenausfuhr glaubte das Kabinett absehen zu sollen, damit das Ausland nicht in den Stand gesetzt werde, den deutschen Roggen, der gegenwärtig auf dem Weltmarkt infolge des Einfuhrsystems um 5 Mark für den Zentner zu haben ist, noch billiger zu erwerben; durch größere Zufuhr sei nämlich eine Verminderung der Roggenmenge zu befürchten, die für die Viehfütterung Verwendung finden sollen.

Wenn nach dem Magazinierungsplan 200 000 Tonnen Roggen aus dem inländischen Markt genommen werden, so erschiebe dieser Markt genügend entlastet, um den Zwang der Ausfuhr deutscher Roggen um jeden Preis zu mildern. Es sei anzunehmen, daß damit auch der Preis des deutschen Roggens auf den ausländischen Märkten anziehe.

Die Magazinierung besteht befänglich darin, daß eine von der Regierung beauftragte Gesellschaft 200 000 Tonnen Inlandroggen bestimmter Güte aufkauft. Der Roggen bleibt aber solange beim Verkäufer auf Lager, bis auf dem Markt sich ein Bedarf einstellt. Die Maßnahme wird ohne Zweifel eine gewisse Erleichterung auf dem inländischen Roggenmarkt herbeiführen. Wie weit sie angeht, der immer noch bedeutenden Roggenüberschüsse ohne die gleichzeitige Ausfuhrförderung durch Erhöhung des Einfuhrscheinwerts praktisch fühlbar sein wird, muß abgewartet werden.

Berliner Dollarkurs, 14. Febr. 4,185 G., 4,193 B.

Dt. Wbl.-Anl. 52.30.

Dt. Wbl.-Anl. ohne Ansl. 7.75.

Berliner Geldmarkt, 14. Febr. Tagesgeld 4—5 v. H., Monatsgeld 7—8,5 v. H.

Privatdiskont: 5,375 v. H. kurz und lang.

Der Verband der Deutschen Freien und Oesterreichischen Vereinsparkassen e. V. hielt am 8. Februar in Köln eine Vorstandssitzung ab. Diesem Verband gehören 13 deutsche Sparkassen an, darunter die Württembergische Landesparkasse in Stuttgart, ferner 35 österreichische Sparkassen. Der Gesamtvermögen dieser Parkassen beläuft sich zur Zeit auf über 950 Millionen Reichsmark. Es konnte festgestellt werden, daß die Entwicklung des Einlagenwachstums den Sparkassen die Möglichkeit gegeben hat, in erheblichem Umfang Mittel für den Hypothekendarlehen, insbesondere für den Wohnungsbau, bereitzustellen.

**Vernichteter Tabak.** Kürzlich wurde mitgeteilt, daß in Köln eine große Menge Feinschnitt-Tabak wegen Steuerhinterziehung vernichtet worden sei. Nach amtlicher Mitteilung handelt es sich um eine Ware, die 1924 beschlagnahmt, 1925 zur Wiederausfuhr freigegeben wurde. Da die Ware auch im Ausland nicht mehr zu verwerten war, die Verwertung im Inland durch die Eigentümer aber mit Rücksicht auf die inländische Tabakwirtschaft nicht statthaft erschien, konnte nur ein Teil freigegeben werden. Der Rest, größtenteils unbrauchbar geworden, wurde von den Eigentümern vernichtet.

**Stuttgarter Vereinsbuchdruckerei AG.** In der A.-A.-Sitzung am 12. Februar wurde beschlossen, der auf 9. April 1930 festgesetzten H.V. eine Dividende von wieder 8 Prozent in Vorschlag zu bringen.

**Wieder 8 Prozent Dividende beim Norddeutschen Lloyd AG. in Bremen.** In der A.-A.-Sitzung am Donnerstag wurde beschlossen, der auf den 25. März einzuberufenden H.V. für 1929 die Verteilung einer Dividende von unverändert 8 Prozent nach Bemessung der Abschreibungen nach den bisher erfolgten Grundrissen vorzuschlagen.

**Vergleichsverfahren:** Max Kühne, Alleininh. der Firma Schuhhaus Max Kühne, Cannstatt. — Frank u. Strehle in Ravensburg, Großhandel mit Süßfrüchten. — Otto Frank und Max Strehle, Kaufleute in Ravensburg. — Josef Bumann, Kaufmann, Inhaber der Firma Wilhelm Koch, Möbelhaus in Stuttgart.

**Das bekannte Columbus-Hotel in Bremen am Bahnhofspfad** wurde in der Zwangsversteigerung von der Bremer Hotelgesellschaft m. b. H. um 1,4 Millionen Mark angekauft. Wegen Mangels an Kasse war ein Konkurs nicht zustande gekommen. Das Hotel war mit Hypothekenschulden von mehr als zwei Millionen Mark belastet.

**Stuttgarter Börse, 14. Febr.** Auch heute konnte sich die freundliche Stimmung behaupten, wenngleich die Umsätze sehr zu wünschen übrig ließen. Die Kursveränderungen waren minimal: die Börse schloß behauptet. Rentenwerte wenig verändert. Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft, Filiale Stuttgart.

**Berliner Getreidepreise, 14. Febr.** Weizen märk. 23,70—24, Roggen 15,90—16,30, Braugerste 16—17, Futter- und Industrieernte 14—14,90, Hafer 12,60—13,60, Weizenmehl 28,50—35, Roggenmehl 21,25—25, Weizenkleie 7,75—8,50.

**Eleganter Warenschrank**  
mit Spiegel, Rück- u. Seitenwänden u. Glas-Schiebetüren zu verkaufen.  
Wo, sagt die Tagblatt-Geschäftsstelle.

Gesucht wird eine 2- bis 3-Zimmerwohnung mit Zubehör, womöglich mit Waschküche, in Ein- oder Zweifamilienhaus in der Nähe des Bahnhofes. Offerten unter E. J. 1930 Hagenbach (Pfalz) postlagernd.

**Radfahrer-Verein Schwarzwald Wildbad e.V.**  
Unser langjähriges Mitglied **Karl Schrafft** feiert heute im Bahnhofshotel seine Hochzeit und ist Einladung an uns ergangen.  
Der Vorstand.

**la. Hellerlinsen**  
Pfd. 65 Pfg.  
**Echte Frankfurter Würstchen**  
Paar 50 Pfg.  
3 Paar 1.45  
**la. Delikatess-Filder-Sauerkraut**  
Pfd. 18 Pfg.  
**la. Rauchfleisch**  
Pfd. 2.10  
Es bricht sich Bahn, nur das was gut, beim Einkauf mußt Du daran denken, vor Billigkeit sei auf der Hut, es kann Die niemand etwas schenken.  
**Fritz Kloss**  
Lebensmittel u. Feinkost

**Eintritt frei!** Morgen Sonntag nachmittag ab 5 Uhr **Eintritt frei!**  
in den karnevalistisch festlich dekorierten Räumen des  
**Hotel goldener Ochsen**  
**Großer Münchener Bierabend**  
**Eintritt frei!** wozu höflichst einladet **Karl Bauer.** **Eintritt frei!**

